



Allgemeine Informationen

Wir sind die Linksfraktion des Europäischen Parlamentes: "Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke" (GUE/NGL).

Unsere Fraktion ist eine konföderale Gruppe, in der jede Partei ihre eigene Identität und Politik beibehält und gleichzeitig ihre Anstrengungen bündelt, um gemeinsame politische Ziele zu verfolgen. Der Gruppe gehören Mitglieder aus allen Ecken Europas an. Aus Deutschland ist dies z. B. "Die LINKE".

Grundüberzeugungen

Die "Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke" vertritt eine pro-Europäische Politik, möchte die EU allerdings grundlegend verändern, da sie nach ihnen nur die Interessen von Reichen und Konzernen vertritt.

Die Linken im EU-Parlament stehen vor allem für ein gerechteres Europa, sowie für Friedenspolitik und Solidarität.





Fraktion

Die Linken im
Europäischen Parlament
(GUE/NGL)

im Europäischen Parlament

Größe: 38 Abgeordnete bzw.
5% der Sitze

Fraktionsvorsitzender:

Manon Aubry 
Martin Schirdewan 

auf der SimEP 2023

Größe: 7 Abgeordnete

Fraktionsvorsitzende:

Melchior Vogt
Finn Kunert

Internetseite:

www.left.eu



Beschäftigung und soziale Angelegenheiten [EMPL]

Unsere Fraktion steht für die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, weshalb sich auch viele Forderungen von sozialer Gerechtigkeit an denen der Gewerkschaften orientieren, wie z.B. die Forderung nach einer deutlichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns, die Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Sowie umfangreiche Investitionen in Bildung und Infrastruktur. Finanziert werden sollen diese Maßnahmen aus zusätzlichen Staatseinnahmen durch eine gerechtere Besteuerung (Wiedereinführung der Vermögensteuer, deutliche Anhebung der Erbschaftsteuer und des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer sowie höhere Körperschafts- und Kapitalsteuern). Gleiche Rechte! Wir fordern für alle Menschen gleiche soziale und demokratische Rechte. Das Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" muss in der EU rechtlich verankert werden, um Lohndumping zu unterbinden. Das Mitbestimmungsrecht von Gewerkschaften, sowie Beschäftigten muss ausgebaut werden.

Kultur und Bildung [CULT]

Kultur ist kein Luxus, sondern zentral für Demokratie und gutes Leben. Doch Kürzungen der Kulturförderung, Schließungen und Privatisierungen von öffentlichen Einrichtungen und ein massiver Personalabbau haben sie geschwächt. Wir als Fraktion fordern daher die Erhöhung der Ausgaben für Bildung und Kultur und möchten dies gerne durch gerechtere Steuern finanzieren. Wir wollen Kultur und Kulturförderung erhalten und in Zukunft krisenfest gestalten - in Metropolen wie in ländlichen Räumen, in Kulturinstitutionen und in der freien Szene. Unsere Fraktion will »Kultur für alle«.

Um Chancengleichheit, Inklusion und Vielfalt zu stärken, muss die Kulturförderung weiterentwickelt werden und sich an macht- und diskriminierungskritischen Kriterien orientieren. Dazu braucht es partizipative Freiräume für Kinder und Jugendliche wie soziokulturelle Zentren, urbane Clubkultur, Vereinskultur, kommunale Kinos und Theater, Orchester. Wir brauchen Orte kultureller Bildung, Bibliotheken ebenso wie Räume für experimentelle Künste, museale Einrichtungen und eine lebendige Gedenkkultur. Voraussetzungen für all das sind gute, existenzsichernde Arbeitsverhältnisse und ausreichende soziale Sicherheit - auch im Kulturbereich.

Rechte der Frauen und Gleichstellung der Geschlechter [FEMM]

Gleichheit von Männern und Frauen ist in der EU-Grundrechtecharta fest verankert. Doch werden Frauen europaweit benachteiligt und diskriminiert. Klischees und patriarchale Vorstellungen von Geschlechterrollen halten sich hartnäckig. DIE LINKE kämpft entschlossen dafür, Frauenrechte und Gleichstellung ganz oben auf die Agenda der



europäischen Politik zu setzen. In der EU sind deutlich mehr Männer erwerbstätig. Im Durchschnitt verdienen Frauen 16,2 % weniger als Männer.

Sie arbeiten in schlechter bezahlten Jobs und öfter in Teilzeit. Das führt zu niedrigeren Renten und Armut im Alter. Dazu kommen unbezahlte Hausarbeit und die oftmals alleinige Sorge für Kinder und Angehörige. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Wir setzen uns für einen europaweiten Mindestlohn ein und für Renten, die vor Armut schützen. Für die neue EU-Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben kämpfen wir für voll bezahlte Eltern-, Vaterschafts- und Pflegezeiten für alle Beschäftigten in der EU. Wir fordern flexible Arbeitszeiten und Kündigungsschutz für Eltern sowie kostenlose Kitas. Wir kämpfen für einen verbindlichen Rechtsrahmen und mehr Mittel für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Dazu fordern wir europaweit den Zugang zu legaler und kostenloser Abtreibung. Wir kämpfen für die Rechte von LGBTIQ* - Menschen. Sexuelle Orientierung und/oder Geschlechtsidentität müssen als Fluchtgrund anerkannt werden. Selbstbestimmung und Menschenrechte enden nicht an den Grenzen von Nationalstaaten. Frauen fliehen, weil sie Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind und Gewalt ihnen ein Leben in ihren Heimatländern unmöglich macht. Wir kämpfen für eine Migrationspolitik, die insbesondere die Rechte von schutzbedürftigen Gruppen stärkt.

Industrie, Forschung und Energie [ITRE]

Wir stehen dafür: Eine warme Wohnung für alle zu garantieren, Energiepreise zu deckeln, die Energiewende zu beschleunigen, die Weichen für Energieeinsparungen in der Industrie zu stellen und den Umbau gerecht zu finanzieren. Eine warme Wohnung für alle garantieren. Niemand darf wegen der steigenden Preise im Dunkeln sitzen oder frieren!

Wir müssen sicherstellen, dass die Reduzierung russischer Energielieferungen nicht dazu führt, dass umweltschädliche Technologien in der EU weiter betrieben werden. Unsere fraktion fordert daher: massive Investitionen in den schnellen Ausbau von Erneuerbarer Energie und ein zielgerichtetes Programm zur Einsparung von Energieverbrauch, sowie zur Versorgungssicherheit für die Menschen und zur Reduzierung der Abhängigkeit der Industrie von Gas, die Lasten der Krise müssen gerecht und langfristig auf die Schultern verteilt werden, die mehr tragen können, müssen durch eine Übergewinnsteuer und eine Vermögensabgabe mehr tragen. Abrüsten statt aufrüsten!

Wir fordern die Beendigung aller Aufrüstungsverpflichtungen wie PESCO sowie aller militärbezogenen EU-Programme und Rüstungsexporte. Die Gelder müssen endlich in sozialen Zusammenhalt, Klimaschutz und globale Gerechtigkeit investiert werden. Wir wollen



die Rüstungsindustrie vollständig abschaffen und für eine geeinte, waffenfreie Welt sorgen.

[Quellen]

- <https://www.die-linke.de/themen/europa>
- <https://left.eu/the-group/>
- <https://www.dielinke-europa.eu/de/article/8985.gue-ntl-die-fraktion-der-linken-im-europaeischen-parlament.html>
- <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/die-linke/42133/die-programmatik-der-linken/>